

EDO SCHMIDT
Kettelerstraße 44
48147 Münster

Münster, 18. Oktober 2007

Betr.: Offener Brief an den "Debatte e.V."

Sehr geehrte Damen und Herren vom "Debatte e.V.",

zunächst möchte ich Ihnen danken, dass Sie das unterdrückte Thema Münster als Militärstadt behandeln. Aber angesichts des von Ihnen mitgeschickten Mottos "Ralf D.: Was nicht kontrovers ist, ist nicht der Rede wert." (ich nehme an, es handelt sich um Ralf Dahrendorf?) frage ich mich: wo bleibt auf dem Podium ihrer Veranstaltung die Kontroverse?

Insofern ist die Veranstaltung schlecht besetzt: Ein Kommandeur, der grundgesetz- und völkerrechtswidrige Einsätze zu verantworten hat, aber aufgrund des katastrophalen Zustandes, in dem sich die bundesdeutsche "Demokratie" befindet, hierfür nicht belangt wird, neben einem grünen MdB und zum Leidwesen seines lokalen Parteiablegers inzwischen Mitglied des militärpolitischen Establishments der Bundesrepublik Deutschland - sollen die beiden darüber streiten, welche der aktuellen Bundeswehreinätze "friedenserhaltend" und welche "friedensschaffend" sind?

Wer vertritt die Position des "NEIN" (Kurt T.)? Hier liegt doch die eigentliche Kontroverse: Nämlich zwischen dem Bestehenden (die Bundesrepublik führt Krieg in Afghanistan und Kosovo, im Mittelmeer und am Horn von Afrika - auch von Münster aus! -, und ihre Außenpolitik sowie jene der EU wird zunehmend militarisiert) und dem Widerstand mit seinem grundsätzlichen "NEIN zu Krieg und Militarismus der EU und der Bundesrepublik - und selbstverständlich auch 'von Münster aus!'!"

Der Verein "Debatte e.V." vergibt mit seiner Wahl der Debattierenden nicht nur eine Chance auf eine echte Kontroverse, sondern positioniert sich allein mit seiner Auswahl und mit dem - zugegeben zunächst kritisch anklingenden - Einladungstext stromlinienförmig im mainstream der unkritischen und daher "regierungsfähigen" (Kriegs)Politik grüner und anderer Parteien.

"Die Bundeswehr ist eine Armee im Einsatz" (Weißbuch

2006), "Deutschlands Sicherheit wird auch am Hindukusch verteidigt" (Struck als "Verteidigungsminister" im Dezember 2003) - was soll denn das anderes heißen als Krieg?

Schade, dass dem "Debatte e.V." eine antimilitaristische und wirklich am Frieden orientierte Position nicht der Rede wert zu sein scheint!

In der Hoffnung auf Besserung und ganz bescheiden:
offen für eine Einladung auf Ihr Podium verbleibe ich

mit besten Empfehlungen,
Edo Schmidt

Weitere Infos:

www.antimilitaristische-gruppe.de.ms

http://www.zc-online.de/zc200709_4.pdf

p.s.: Eine Bemerkung zu Afghanistan kann ich mir nicht verkneifen: Was sagen eigentlich Afghan/inn/en zu der Besatzung und Zerstörung ihres Landes durch die NATO? Sie wissen doch: die Menschenrechtssituation in diesem durch Großmachtspolitik und Bürgerkrieg zerstörtem Land ist heute schlechter als zu Zeiten der Taliban-Regierung, so jedenfalls viele Menschenrechtsbeobachter/innen und nicht zuletzt die afghanische Frauenministerin: "Eine weitere Legende ist die von der Verbesserung der Situation von Frauen. Die hat sich nach Einschätzung der afghanischen Frauenministerin Massouda Jallal in weiten Teilen des Landes deutlich verschlechtert. Menschenrechtsorganisationen berichten über eine Analphabetinnenrate von nach wie vor über 90 Prozent, über steigende physische und psychische Gewalt gegen Frauen und sich häufende Suizidfälle." (Junge Welt vom 11.10.2007)

Dieser Artikel zur Information in Gänze:

Ohne Abzug kein Frieden

Einzigste Option für Afghanistan: Nur ein Ende der NATO-Präsenz ermöglicht einen Wiederaufbau am Hindukusch. Die Linke stimmt Verlängerung des Bundeswehreinsatzes nicht zu

Von Norman Paech

Am Freitag wird der Bundestag zum wiederholten Mal den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan verlängern – gegen die Stimmen der Linksfraktion. Es geht um den Einsatz im Rahmen der ISAF, der offiziell ein »sicheres Umfeld« für den Wiederaufbau und die Arbeit der Staatsorgane in Afghanistan schaffen soll. Die

Verlängerung des anderen Mandats, welches die Bundeswehr am Antiterrorkampf der »Operation Enduring Freedom« (OEF) beteiligt, steht erst für den November an.

Immer mehr Fakten sprechen dagegen, daß das Militär in seinem kaum noch unterscheidbaren Auftritt als Sicherungs- und Antiterrorkampftruppe die Friedenshoffnungen wird erfüllen können. Der andauernde Guerillawiderstand und die sich ausdehnende Gegenwehr mit unkalkulierbaren Sprengstoffanschlägen haben allmählich irakische Ausmaße angenommen. Die Sicherheitslage hat sich drastisch verschlechtert. Die sogenannte zivil-militärische Kooperation, wie sie in dem ISAF-Einsatz erfolgt, hat eher die Arbeit der zahlreichen zivilen Hilfsorganisationen gefährdet und diskreditiert, als daß sie dem Militär geholfen hätte. Viele Hilfsorganisationen haben sich bereits zurückgezogen. »Afghanistan wird bald verloren sein«, prophezeite der bekannte US-Journalist Seymour Hersh bei seinem jüngsten Besuch in Berlin. »Es ist nur eine Frage der Zeit, bis Afghanistan zusammenbrechen wird.«

Demgegenüber klammert sich die große Koalition von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Grüne immer noch an verschiedene Legenden, die jedoch immer brüchiger werden. Dazu gehört der Aufbau demokratischer Institutionen wie Wahlen, Parlament, Regierung und Justiz. Ein tieferer Blick in ihre inneren Strukturen läßt einen jedoch schaudern über das Ausmaß an Korruption, Patronage, Kriminalität und Machtlosigkeit, die alle Merkmale eines Vasallenregimes, aber nur wenige eines funktionierenden demokratischen und souveränen Staates aufweisen.

Eine weitere Legende ist die von der Verbesserung der Situation von Frauen. Die hat sich nach Einschätzung der afghanischen Frauenministerin Massouda Jallal in weiten Teilen des Landes deutlich verschlechtert. Menschenrechtsorganisationen berichten über eine Analphabetinnenrate von nach wie vor über 90 Prozent, über steigende physische und psychische Gewalt gegen Frauen und sich häufende Suizidfälle.

Fiktion ist ebenfalls das »beträchtliche Wirtschaftswachstum«, welches die Bundesregierung gerne hervorhebt. Recht hat sie, wenn sie den Mohnanbau und den Opiumhandel meint, der mit jedem Jahr neue märchenhafte Zuwachsraten aufweist. Gleichzeitig wird verschwiegen, daß 90 Prozent aller Waren auf dem Markt aus Importen bestehen und die Steuer- und Zolleinnahmen des Staates unter fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegen. Afghanistan

kann laut Bundesagentur für Außenwirtschaft »als eine der offensten Volkswirtschaften überhaupt, auf jeden Fall aber die offenste Volkswirtschaft der Region bezeichnet werden. Handelsbeschränkungen und Subventionen sind praktisch nicht existent, und die afghanische Regierung zeigt sich sehr aufgeschlossen für Investitionen im Land.« Wir kennen dieses Modell und seine Folgen: die faktische Abwesenheit einer einheimischen Industrie, die Finanzierung aller investiven Staatsausgaben durch die internationale »Gebergemeinschaft« und chronischer Nahrungsmangel bei 70 Prozent der afghanischen Bevölkerung. Das ist das Bild der neuen Kolonie.

Zu den offensichtlichen Legenden gehört auch der von Afghanen in Führungspositionen behauptete Wunsch aller ihrer Landsleute, das Militär im Lande zu behalten. Auf meiner Reise im Juni dieses Jahres fand ich seine Bestätigung vornehmlich in der unmittelbaren Nähe der deutschen Botschaft. Je ferner meine Gesprächspartner der Regierung und Botschaft waren, desto mehr verwandelte sich dieser Wunsch in sein Gegenteil.

Was bleibt, sind Durchhalteparolen der Art: »Wir dürfen das Projekt der NATO jetzt nicht einseitig in Frage stellen und die Alliierten im Stich lassen.« »Wenn wir Afghanistan jetzt verlassen, werden Chaos und Gewalt über Afghanistan hereinbrechen.« Und: »Es ist unverantwortlich, den Abzug zu fordern, wenn man keine Alternativen vorschlägt.«

Gegen den ersten Einwand ist wenig zu sagen, wenn man sich wie alle anderen Fraktionen im Bundestag für die Bundeswehr als weltweit auftretende imperiale (Hilfs-)Ordnungsmacht entschieden hat. Der zweite Einwand provoziert die Frage: Was haben wir denn jetzt anderes als Krieg und Gewalt? Daß es dabei offenbar mehr Opfer der Taliban als der internationalen Truppen gibt, ist für die Opfer gleichgültig. Entscheidend aber ist, daß mit dem Abzug der Truppen das Hauptziel der Angriffe und des Widerstandes nicht mehr vorhanden ist und damit auch die Zahl der zivilen Opfer sinken wird.

Der dritte Vorwurf einer mangelnden Alternative ist grundsätzlicher – zugleich aber auch demagogisch. Denn der Abzug der Truppen und der Verzicht auf die militärische Einrichtung und Durchsetzung einer neuen Gesellschaftsform, ob Demokratisierung oder »Nation building« genannt, ist bereits der entscheidende Ausgangspunkt für eine Alternative. Sie besteht in der Wiederherstellung der Souveränität eines Landes und des Rechts auf Selbstbestimmung einer Bevölkerung, die auf den Status eines kolonialen Protektorats

herabgesunken sind. Wer nicht sieht, daß der Krieg in Afghanistan in die »Greater Middle East«-Strategie der USA eingebettet ist und auf machtpolitischen, geostrategischen und energiepolitischen Interessen aufbaut, hat von dem ganzen Geschehen zwischen Bagdad und Kabul keine Ahnung. Es geht um die Sicherung von Stützpunkten, Rohstoffquellen sowie Transportwegen in Zentralasien und nicht um die Wiederherstellung von Souveränität und Selbstbestimmung der Afghaninnen und Afghanen. Was uns als »Krieg gegen den Terror« und zur Einführung der Demokratie verkauft wird, droht sich jetzt weiter auszudehnen gegen Iran, den letzten Stein im Nah- und Mittelostmosaik der USA.

Zur Souveränität gehört die Integration aller gesellschaftlichen Kräfte in den Neuaufbau des Staates, wozu auch der Dialog mit den Gruppen gehört, die durch die USA und ihre Verbündeten zu den heute relevanten gesellschaftlichen Kräften gemacht worden sind: die Mudschaheddin und Taliban. Es ist durchaus nachvollziehbar, daß jemand durch seine eigene Geschichte und frühen Fehler gepeinigt wird. Aber nach der gescheiterten Invasion der Sowjets in Afghanistan knapp dreißig Jahre später die Fortsetzung der scheiternden Intervention der ehemaligen Gegner USA und NATO zu fordern, ist eine bizarre Lehre.

Der Wiederaufbau muß von innen aus der Gesellschaft und ihren demokratischen Kräften selbst geleistet werden. Dafür bedarf es viel Zeit und Unabhängigkeit, aber keiner internationalen Truppen. Afghanistan im Jahre 2001 war nicht Deutschland im Jahr 1945 und ist es auch nicht in den letzten sechs Jahren geworden. Deswegen muß das Militär das Land verlassen, ehe Afghanistan vollends zusammenbricht. Der Völkerrechtler Prof. Dr. Norman Paech ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Außenpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke.

+++++

Und folgendes Interview aus der Jungen Welt vom 17.10.2007 dürfte auch noch von Interesse sein:

»Militärische Logik erzeugt nur neue Terroristen«

13 SPD-Parlamentarier tanzten bei der Afghanistan-Abstimmung aus der Reihe. Weitere Abweichler denkbar.
Ein Gespräch mit Lale Akgün
Interview: Ralf Wurzbacher

Sie haben am Freitag im Bundestag gemeinsam mit zwölf Ihrer Fraktionskollegen gegen die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr gestimmt. Aus welchen Gründen?

Ich habe ein Problem damit, daß mit nur einem Votum über die ISAF-Mission und den »Tornado«-Einsatz der Bundeswehr abgestimmt wurde. Isoliert hätte ich der ISAF-Verlängerung zugestimmt, wobei ich auch im Hinblick auf diesen Einsatz einiges für veränderungswürdig erachte.

Was stört Sie am »Tornado«-Einsatz?
Diese Militärjets mögen zwar nicht direkt in Kriegshandlungen verwickelt sein. Daß die von diesen gewonnenen Erkenntnisse der Luftaufklärung aber durchaus auch für kriegerische Zwecke verwendet werden könnten, ist für mich nicht vertretbar.

Was wünschen Sie sich hinsichtlich des ISAF-Einsatzes der Deutschen im Norden des Landes?
ISAF müßte insgesamt viel mehr auf den zivilen Aufbau und weit weniger militärisch ausgerichtet sein. Zudem halte ich es für falsch, die zivilen Hilfsmaßnahmen nach dem Gießkannenprinzip über das ganze Land zu verstreuen. Man müßte sich auf eine Provinz konzentrieren, um dort verstärkt mit zivilen Kräften aus dem In- und Ausland und völlig ohne Militär für den Aufbau zu sorgen. Damit könnte eine Art Musterprovinz entstehen, in der die Waffen schweigen und alle Anstrengungen auf die Verbesserung der Lebenssituation der Einheimischen gerichtet wären. Denn solange Bomben das Land in Schutt und Asche legen und regelmäßig Zivilisten durch Angriffe der Alliierten zu Tode kommen, treibt man auch den Taliban immer mehr Unterstützer in die Arme.

Aber ist es nicht ein Widerspruch in sich zu glauben, im Rahmen eines Krieges zivilen Aufbau bewerkstelligen zu können?

Natürlich. Aber genau das macht es ja unabdingbar, den Terrorismus endlich mit zivilen statt militärischen Mitteln zu bekämpfen. Einer meiner Kollegen hat auf besagten Vorschlag zur Errichtung einer Musterprovinz eingewandt, daß man diese mit Grenztruppen absichern müßte, damit die Menschen nicht in Scharen dorthin strömten. Dem entgegne ich: Warum sollte man die Afghanen nicht mit den Füßen abstimmen und sie dahin ziehen lassen, wo sie die besten Lebensbedingungen vorfinden, wo gezielt und intensiv Zivilaufbau betrieben und damit den Taliban der Nährboden entzogen wird? Mit der militärischen Logik erschafft man jedenfalls immer nur neue Terroristen.

Entsprechend werden Sie wohl auch der Mitte November anstehenden Verlängerung des deutschen Beitrags zur »Operation Enduring Freedom« (OEF) die Zustimmung versagen?
Selbstverständlich. Ich kann weder die Ziele der

Mission gutheißen noch deren ausschließlich kriegerische Ausrichtung, die unendliches Leid über das afghanische Volk gebracht hat.

Sind Sie als Abgeordnete unterrichtet über Art und Umfang der OEF-Einsätze?

Leider viel zu wenig. Wie soll man sich auch ein Bild über die Einsätze machen, wenn der Fraktion ein oder zwei Powerpoint-Präsentationen vorgeführt werden? Genau so wenig konnten mich die Ausführungen zweier afghanischer Vertreter überzeugen. Ich will Fakten darüber, wie OEF abläuft, welche Erfolge und Mißerfolge es gibt, wie die weitere Planung aussieht und wie lange der Einsatz weitergehen soll. Allein der Appell: »Laßt uns nicht im Stich« überzeugt mich nicht.

Sie wissen demnach auch nicht, wie und wo das deutsche »Kommando-Spezialkräfte« (KSK) operiert? Das entzieht sich meiner Kenntnis.

Können Sie beziffern, wie viele der SPD-Abgeordneten die OEF-Verlängerung ebenfalls ablehnen werden? Mit Sicherheit eine ganze Menge. Nach der Abstimmung am Freitag haben schon einige signalisiert, es mir Mitte November gleichtun zu wollen.

Ist es denkbar, daß die Basis der Fraktion beim Bundesparteitag in Hamburg den Auftrag zur Ablehnung erteilt – nach dem Vorbild der Grünen? Ob es soweit kommt, kann ich nicht absehen. Aber ausschließen will ich das nicht.

Fällt OEF vielleicht sogar im Bundestag durch? Das halte ich dann doch eher für unwahrscheinlich.